

schaftler auf das Problem des öffentlichen Diskutierens gesellschaftlicher Probleme statt des Ausweichens in konspirative Zirkelabende verwiesen worden.

Aber das blieben punktuelle Versuche, die an der Gesamtlage nichts änderten, selbst unter Berücksichtigung, daß diese unsere Hinweise auch Akzeptanz des Ersten Kreissekretärs der Humboldt-Universität gefunden hatten. Verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf zwei Aspekte der Inoffiziellen Arbeit für das MfS.

Erstens: im überwiegenden Maße waren die von den IM an uns gegebenen Informationen trotz subjektiver Färbung jeder von einem Menschen wiedergegebenen Wahrnehmung wahre Informationen – ein Grunderfordernis der IM-Richtlinien, nur wahre, überprüfte Informationen entgegenzunehmen. Diesen Fakt, daß zum überwiegenden Teil Wahrheiten uns mitgeteilt worden sind, findet in der heutigen Bewertung inoffizieller Tätigkeit keine Berücksichtigung. Statt dessen wird, sofern überhaupt geprüft wird, das Moment »anderen Schaden zugefügt« benannt. Wie oft schadet man im Leben einem anderen, indem man etwas Wahres behauptet.

Zweitens: es bleibt der Aspekt des Vertrauensbruchs zwischen IM und derjenigen Person, über die berichtet wurde. Von einem Vertrauensbruch kann doch aber nur die Rede sein, wenn man – gleich aus welchen Gründen – zweierlei Meinungen hat: eine offizielle und eine inoffizielle oder wenn man sich bewußt konspiriert. Soll mit dem moralischen Verurteilen des IM jetzt das eine oder andere hoffähig gemacht werden? Wenn ja, dann sehe ich keinen Grund,

das Mitteilen solcher Verhaltensweisen zu verurteilen, weil ich sie für unnötig, zum Teil charakterlich schäbig halte – die zwei Meinungen.

Aber wenn nicht, dann ist der Streitpunkt nur noch Öffentlich-Machen oder das Mitteilen an das MfS. Der Unterschied ist zweifellos immer noch erheblich, aber rechtfertigt er das Ausgrenzen eines jeden aus dem öffentlichen Leben dieses jetzigen Landes? Zumal unser Motiv des Erarbeitens solcher Informationen darin bestand, für unser Land und nicht etwa gegen das Volk zu arbeiten. Im Detail bedeutete für unser Land zu arbeiten aus meiner Sicht:

für den Erhalt einer Gesellschaft, die jedem Bürger ein Recht auf Arbeit sicherte; in der Arbeitslosigkeit eine Ausnahme war; das Obdachlosigkeit nicht als notwendige, unabwendbare und tolerierte Begleiterscheinung eines besseren Lebens für die übrige Gesellschaft akzeptierte; das kaum jemanden so reich werden ließ, daß er ganze Betriebe oder Ländereien nach privaten Interessen nutzen konnte; dessen Friedensengagement nicht nur den Interessen des eigenen Volkes, sondern aller Völker diene; das eine Kriminalitätsrate hatte, die es dem Durchschnittsbürger gestattete, auch in der Dunkelheit das Haus zu verlassen oder als einzelner ohne Ängste in einem öffentlichen Verkehrsmittel zu verkehrsarmer Zeit zu fahren.

Ich bin mir bewußt, daß bis jetzt noch nicht die Frage beantwortet wurde, wo der Platz geblieben ist, sich bei den vielen Betroffenen zu entschuldigen, denen aus ihrer Sicht Leid, manchem viel Leid, widerfahren war.